

1. November: Wahlen in Israel. Was nun?

Bericht über eine Informationsreise im Oktober 1988 von

Alisa Fuss

(Internationale Liga für Menschenrechte Berlin)

INHALT

Wahlen ohne Wahl
Probleme der Opposition
Neue Ausrichtung der PLO
Nächtliche Razzien
Die Armeeeinheit Givati
Im Frauengefängnis
Politischer Ausblick
Die Rolle der Frauen in der Intifada
Solidaritätsbesuche in den besetzten Gebieten
Die Haltung der amerikanischen Juden
Schluß

Wahlen ohne Wahl

Die Wahlen am 1. November 1988 wären eigentlich von entscheidender Bedeutung für die weitere Zukunft Israels gewesen. An der Oberfläche spielten hauptsächlich Fragen der Ökonomie und solche von sozialem Belang eine Hauptrolle, aber es sind die Probleme von Frieden und Sicherheit – und speziell die Frage eines territorialen Kompromisses –, die tatsächlich von entscheidender Bedeutung gewesen wären.

Israels Ex-Vertreter bei den Vereinten Nationen, der Likud-Mann Benjamin Netanyahu, formulierte es so: „Der Maarach möchte Frieden unter gewisser Aufgabe der besetzten Gebiete, während der Likud einen Frieden der militärischen Stärke erstrebt.“ Das ist im Kern richtig.

Das Wählerverhalten sollte durch den Geist und die Aussagen im Wahlkampf beeinflusst werden, und so sah man jeden Abend die Diskutanten der verschiedenen Parteien über den Bildschirm flimmern. Doch mit einer Ausnahme, von der ich sprechen werde, umgingen alle das Hauptthema wie einen heißen Brei. Zum Teil war es eine Kampagne amerikanischen Stils: Krach im Hinterhaus; Schamir und Peres gifteten sich gelegentlich an – dennoch war zu merken, daß sie sich im Grunde ganz gut verstehen. Die Bereitschaft des Maarach zu einem Kompromiß ist nicht näher bestimmt. Einerseits sind sie für eine internationale Konferenz (Schamir ist strikt dagegen), doch sie sagen nicht, wer an einer solchen Konferenz beteiligt sein soll. Bis jetzt hieß es im Wahlkampf: Keine Gespräche mit der PLO, keinen Palästinenser-Staat und kein Rückzug auf die Grenzen vor 1967. Worüber soll dann und mit wem eigentlich verhandelt werden?!

Zudem – und das ist besonders schwerwiegend – hat der Maarach mit Peres an der Spitze keinen Zweifel daran gelassen, daß sie Rabins Politik der „Eisernen Faust“ in den besetzten Gebieten voll und ganz unterstützen. Allerdings heben sie den sog. „demographischen Faktor“ hervor, der gegen die einfache Annexion der besetzten Gebiete und eine Gleichstellung unter israelisches Gesetz spricht. Das würde heißen, wurde in jeder Sendung vor den Wahlen argumentiert, daß wir in einem binationalen Staat leben und damit rechnen müßten, daß in der Knesset 40 % arabische Abgeordnete säßen. Ein unerträglicher Gedanke! Auf dieser Basis (es bleibt jedem überlassen, wie er diese Argumentation einschätzt!) wurde der Wahlkampf gegen rechte Kreise geführt...

Der Likud andererseits spricht heute – nach dem Motto: Land, das uns gehört, brauchen wir nicht zu annektieren! – nicht von einer formellen und gesetzlichen Einverleibung der besetzten Gebiete, doch er läßt keine Zweifel daran, daß er sich keinen Zentimeter zurückziehen wird und weiter jüdische Siedlungen forcieren will.

Eines der großen Probleme in Israel ist die Inflation an politischen Parteien. Die Hürde, die sie bei Wahlen zu nehmen haben, ist nicht wie in der BRD 5 %, sondern lediglich 1 %. So sind zur Wahl 27 Parteien angetreten, darunter 16 neue. Es gibt allein sieben (!) religiöse jüdische Parteien, fünf davon sind extrem chauvinistisch und verlangen, schärfer gegen die Intifada vorzugehen.

Es wäre eine klare Aussage der Arbeitspartei notwendig gewesen. Über kurz oder lang wird die politische Situation die Entscheidung so oder so erzwingen: Es gibt Situationen, die so reif sind für eine Lösung, daß die Alternative nur „Desaster“ heißen kann: dann werden entweder beide Seiten zerstört, oder Israel wird eine Militär-Diktatur. Doch das wollen sehr viele Israelis verhindern.

Hätte Peres den Mut gehabt zu sagen: Wir müssen Kompromisse schließen, uns zurückziehen, mit der PLO verhandeln – dann könnt ihr Frieden haben, es gibt keinen anderen Weg, wäre ihm ein

großer Teil der Israelis gefolgt. Aber leider sagte er das nicht. Und so wählten viele Israelis Schamir und die Rechtsradikalen – nicht unbedingt, weil sie seine Meinung teilten, sondern weil er klarer sagte, was er denkt, und die breite Bevölkerung lieber einen „starken“ Mann an der Regierung hat. Was Peres anbot, war nur *etwas weniger Besatzung, etwas weniger Militär*.

Kurz vor den Wahlen war der Wahlkampf in seine heiße Phase eingetreten. Schamir brachte mit starken Worten die Emotionen zum Kochen: Nach Meldungen des israelischen Rundfunks drohte er den Palästinensern, wenn sie Schußwaffen einsetzten, werde „nicht ein Palästinenser überleben“ (zit. nach FAZ, 18.8.88). Auf einer Wahlkampfveranstaltung erklärte er, die Errichtung eines palästinensischen Staates werde einen dritten Weltkrieg heraufbeschwören. Schamir wörtlich: „Wenn in Israel ein palästinensischer Staat errichtet wird, wird es, wenn wir versuchen, diesen Staat zu vernichten, zu einem Krieg kommen, zu einem Weltkrieg.“

Viele Wähler wollten sicher die großen Parteien für deren Versäumnisse und Unzulänglichkeiten in den letzten vier Jahren bestrafen, besonders und vor allem wegen ihrer Perspektivlosigkeit, die kleineren hingegen für ihre Haltung belohnen. Und dies sowohl die rechten wie die linken. Es ist auch nicht ohne Bedeutung, daß über ein Viertel der israelischen Wähler einer Generation angehört, die Israel gar nicht anders kennt als mit den besetzten Gebieten und diese Situation als selbstverständlich hinnimmt.

Links ist die Bürgerrechtspartei RAZ, die etwas dazugewonnen hat, und die Liste der Kommunistischen Partei. Rechts ist die Techija-Partei, die eine offene, formelle Annexion der besetzten Gebiete propagiert. Auch hat sie wahrscheinlich die Stimmen der wegen Rassismus nicht zur Wahl zugelassenen KACH-Partei von Meir Kahane dazugewonnen, ebenso wie auf der anderen Seite die RAZ-Partei die unzufriedenen Wähler der Arbeitspartei.

Die PLO hat nun vorgeschlagen, auf den UN-Teilungsplan von 1947 zurückzukommen. Die Israelis sagen dagegen, aus einem Omelette ließen sich keine Eier zurückgewinnen. Doch die Position der Palästinenser ist durchaus begründet, denn *nur* in der Teilungsresolution von 1947 ist wirklich von „Palästinensern“ die Rede, in allen anderen Resolutionen kommen sie nur als „Flüchtlinge“ vor. Den endgültigen Grenzverlauf festzulegen, bleibe, so die palästinensische Seite, Verhandlungen vorbehalten.

Die beiden großen Parteien in Israel gehen jedoch nach wie vor anachronistisch an das Palästinenserproblem heran. Von nun an – seit der Intifada – sind die klassischen, „altbewährten“ Schemata unbrauchbar. Die Zeit der Wahlen fällt in eine neue Epoche, in der der palästinensische Volksaufstand, die Intifada, die nahostpolitische Szene in den letzten elf Monaten wie ein Erdbeben verändert hat. Alles kam aus dem scheinbaren Gleichgewicht.

Die Intifada ist kein akzidentelles Ereignis. Sie ist das Ergebnis von 21 Jahren der Unterdrückung und Besatzung. Sie ist die überlebensnotwendige Selbstorganisation des palästinensischen Volkes, in ihrem Verlauf werden Strukturen einer künftigen befreiten palästinensischen Gesellschaft entworfen und erprobt. Das Wort Intifada hat inzwischen auf der ganzen Welt Eingang in die Wörterbücher gefunden. Der Aufstand zeigt, daß Israels Sicherheit eben nicht von seiner Armee abhängt, und mag sie noch so stark sein, sondern von seinen Beziehungen zu seinen Nachbarn, mit anderen Worten, von der Lösung der Palästinenserfrage. Solange Israel die Palästinenser unterdrückt, kann es keine Sicherheit für Israel geben. Die Aufrechterhaltung des Status quo, selbst wenn sie gelingt, wird fatale Auswirkungen haben, ein neuer Krieg ist nicht auszuschließen. Die Intifada zeigt, Tag für Tag, was es heißt, Angst und Verzweiflung standzuhalten, den Glauben an die Zukunft zu be-

wahren und den Mut zu Kampf und Widerstand aufzubringen. Wenn die Führung des Aufstandes sagt: Es wird gestreikt, dann wird gestreikt. Und wenn sie den Streik stoppt, wird er beendet. Wenn die Israelis die Schulen schließen, wird der Unterricht eben zu Hause organisiert. Die Volkskomitees haben auf Graswurzelbasis längst die alltäglichen Angelegenheiten der Menschen organisiert. Die Bewegung ist in den Massen verwurzelt und wird von ihnen getragen.

Die Nichteinberufung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz mit *allen* Beteiligten und den Großmächten käme einer großen Unterlassungssünde gleich. Die Intifada macht die Notwendigkeit einer sofortigen Friedenslösung sehr deutlich. Wenn die Amerikaner (siehe Shulz-Plan) diese Botschaft ignorieren, bedürfen sie – einmal wieder – einer Lektion in Geschichte. Bei den Europäern jedoch könnte es einen Wandel geben, denn Europa ist direkter interessiert und davon betroffen, ob es im Nahen Osten Frieden gibt oder nicht.

In der Intifada haben nicht, wie oft anderswo in Ländern der Dritten Welt, Schüler und Studenten die Führungsrolle inne, sondern die Kinder landloser Bauern. Ihnen allen sind die tagtäglichen Erfahrungen in einem Prozeß erwachenden Selbstbewußtseins gemeinsam. (Zur Erinnerung: Fast 60 % des Landes in der Westbank und 30 % im Gaza-Streifen sind schon in israelischer Hand.)

Ihre „politische Bildung“ hat vor allem im Knast und an den Universitäten stattgefunden.

Inzwischen haben sie die alte Führung teilweise abgelöst.

Die Linke in Israel ist gespalten, wie einst in Deutschland die SPD und die KPD, deren unüberbrückbare Feindschaft den Aufstieg der Nazis mit ermöglicht hat. In Israel werden heute die Linksliberalen, wie die Menschenrechtspartei RAZ mit Shulamit Aloni und Jossi Sarid, mehr gehaßt als die Kommunisten: Sie werden als „PLO“ beschimpft, an die Mauern des RAZ-Büros ist ein Hakenkreuz und der Name „Hitler“ geschmiert worden (Al Ha'Mishmar, 20.9.88).

Ein klares (friedens-)politisches Programm legten vor den Wahlen gleichwohl sowohl die Kommunisten als auch die Linksliberalen vor. Sie votierten für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volks, für die Errichtung eines palästinensischen Staats nach dem vollständigen Rückzug Israels auf die Grenzen vor 1967, für Jerusalem als gemeinsame Hauptstadt von Israel und dem neugegründeten Palästinenser-Staat. Bis zu dieser Lösung müsse sich die israelische Armee aus den dichtbevölkerten palästinensischen Gebieten zurückziehen; der neue palästinensische Staat solle entmilitarisiert bleiben und solle keine Bedrohung für die Sicherheit Israels sein; Verhandlungen mit der PLO seien unumgänglich. Dieses Programm wurde und wird von folgenden Parteien vertreten: RAKACH (Kommunistische Partei), HAMITKADEMET (Progressive Friedensliste), RAZ (Bürgerrechtspartei) und MAPAM (Linke Arbeiterpartei).

Probleme der Opposition

Es ist möglich, Demonstrationen auf die Beine zu bringen, Unterschriften zu sammeln – vor kurzem unterzeichneten 1.700 Menschen einen Aufruf gegen die Exilierungen. Aber Aktivisten, die tatsächlich etwas tun, finden sich leider nur wenige.

Interessant ist, welche Gruppen von Intellektuellen bereit sind, an Solidaritätsprojekten mitzuarbeiten wie etwa im Beita-Komitee, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, in dem vom israelischen Staatsterror drangsalierten Dorf zerstörte Häuser wiederaufzubauen. (In Beita war vor einiger Zeit ein jüdisches Mädchen von ihrem Begleiter versehentlich erschossen worden, und obgleich es klar war, daß es sich hier um einen tragischen Unglücksfall handelte, hat das israelische Militär eine große Anzahl von Häusern gesprengt und viele Menschen vertrieben. – Seit Beginn der Intifada im

Augst 1988 sind übrigens über 200 Häuser gesprengt oder versiegelt worden.) Die Leute vom Beita-Komitee fanden jede Menge Architekten, die sich zur (ehrenamtlichen) Mitarbeit bereit erklärten, aber kaum Ingenieure. Es zeigt sich, daß Geisteswissenschaftler und Künstler eher geneigt sind, etwas im Sinne der Menschlichkeit zu tun, ohne eine Gegenleistung dafür zu erhalten. Von der Oppositionsgruppe „Dai La’Kibusch“ („Schluß mit der Besetzung!“) fahren Gruppe jede Woche in die besetzten Gebiete, um sich von den Menschen dort authentische Informationen über die Situation zu holen. Dies ist besonders wichtig, seit die Medien angewiesen worden sind, die Intifada in ihrer Berichterstattung herunterzuspielen, und man nach den Medien tatsächlich den Eindruck bekommen könnte, der Kampf der Palästinenser schwäche sich ab. Da sind Augenzeugenberichte, die z.T. von mutigen Abgeordneten auch vor die Knesset gebracht werden, von ungeheurer Wichtigkeit. So werden auch Fakten publik gemacht, die nicht mit direkter Gewalt zu tun haben, aber lebenswichtige Dinge betreffen: die eingeschränkten Möglichkeiten, oft sogar Verbote, auf die Felder zu gehen, sie zu bestellen und zu ernten. Und für die Palästinenser ist es ungeheuer wichtig, nicht in jedem Juden einen Feind, einen Unterdrücker zu sehen, sondern einen Menschen, der auch solidarisch sein kann.

Apropos Vorurteile: Ein Freund, Aktivist einer Oppositionsbewegung, erzählte mir, seine fünfjährige Tochter sei aus dem Kindergarten gekommen und habe losgeplappert: „Alle Araber wollen uns ermorden.“ Auf die Frage, ob sie denn Araber kenne, sagte sie ja. Tatsächlich kommen ja des öfteren arabische Freunde die Familie besuchen. Fragte der Vater: „Und du glaubst wirklich, daß die uns alle umbringen wollen?“ Sagt das Kind: „Aber das sind doch keine richtigen Araber!“ Die Bekannten fallen also aus dem Schema heraus. Doch das Schema bleibt hartnäckig. – Zur Erinnerung: So mancher Deutsche hatte auch seinen „anständigen“ Juden, was aber nichts am Gesamtbild änderte. – Jeder Mensch ist durch seine Umgebung und die Geschichte geprägt. In Europa ist es schwer, keine Vorurteile gegen die Juden zu haben, auch wenn man sich als bewußter Mensch dagegen wehrt. Ob positiv oder negativ: etwas bleibt haften. Und so ist es in Israel aufgrund der Sozialisation schwer, keine Vorurteile gegen die Araber zu haben. Ein Beispiel für subtilen Rassismus ebenso wie Klassenvorurteile ist auch folgende Episode: Vor kurzem wurde eine Palästinenserin verhaftet, die sehr gebildet und elegant war, ein perfektes Englisch sprach, kurz: sie schien eher in ein Nobelhotel als in ein stinkendes Frauengefängnis zu passen. Entsprechend reagierten die Zeitungen: Diese *Dame* hätte man nicht verhaften und ins Gefängnis einsperren sollen!

Nun zu etwas Erfreulicherem:

In Jerausalem hat sich eine Gruppe überwiegend von Frauen und einigen Männern gebildet, die in den Schulen eine Art Aufklärungsarbeit über die Menschenrechte macht. Sie haben Kontakte zu Lehrerinnen und Lehrern an fast allen Mittel- und Oberschulen geknüpft. In Zusammenarbeit mit amnesty international wird überall die Erklärung der Menschenrechte auf Hebräisch verteilt, zusammen mit Zeitungsausschnitten, die auf die Verletzung von Menschenrechten hinweisen. In einigen Schulen wird diese Dokumentation sogar im Lehrerzimmer aufgehängt. Dazu haben sie ein Faltblatt verfaßt, mit dem Titel:

„Sagt nicht, ihr habt es nicht gewußt!“

Darin wird aufgezeigt, daß jeder, aber auch wirklich jeder, auf Menschenrechtsverletzungen reagieren kann. Denn sie sind für jeden zu sehen, wenn er nur bereit ist zu sehen. Diese Gruppe geht auch selbst in die Klassen, wenn sie von Lehrerinnen und Lehrern dazu eingeladen werden.

Es geht dabei auch um die Landkarten: Es gibt faktisch keine Karten mehr, auf denen noch die Grenzen vor 1967 zu sehen sind – so, als gehörten alle besetzten Gebiete zu Israel. Die linke Arbeitspartei MAPAM wollte den Lehrern behilflich sein und Karten mit den alten Grenzen drucken lassen, aber keine Druckerei war bereit, diese Karten zu drucken.

In Israel steht für hiesige Begriffe einiges auf dem Kopf. Beispielsweise gibt es in der Arbeitspartei einige, die sich als links bezeichnen und tatsächlich für den Rückzug aus den besetzten Gebieten sind. Aber sie haben auch die kürzlich entsandte Rakete ins All begrüßt und sind für die nukleare Bewaffnung Israels. Nuklearwaffen also statt der konventionell „strategisch wichtigen Grenzen“! Es ist nicht verwunderlich, daß [der als „Atomspion“ lebenslänglich inhaftierte] Vanunu in der israelischen Öffentlichkeit gar kein Thema ist.

Das Image der Militärs ist denkbar schlecht – nicht etwa wegen der vielen brutalen Übergriffe, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, sondern wegen ihres „Unvermögens“, die Intifada niederzuschlagen. Im Volksmund heißt es inzwischen: „General-Idiot“ – doch man sollte sich davon nicht in die Irre führen lassen: Es drückt nicht etwa Antimilitarismus aus, sondern leider das Gegenteil. Fast sehnt man sich nach den Zeiten Moshe Dajans zurück, der auch kein schlechter Hautdegen, aber immerhin klug genug war, den Älteren und den Würdenträgern unter den Palästinensern ein gewisses Maß an Respekt zu bezeigen. Heute, unter Rabin hingegen, läßt man sie den ganzen Tag in der Sonne stehen, demütigt und mißhandelt die Väter und Großväter vor den Augen der Kinder!

Folgendes Beispiel mag belegen, wie die israelische Regierung jede, auch auch jede friedliche Initiative der Palästinenser unterdrückt: Ein bis dato nicht sehr an Politik interessierter Agronom aus Bethlehem fand, daß man wegen der häufigen Ausgangssperren und der Abhängigkeit von der Lieferung israelischer Produkte doch Kleingärten anlegen sollte, zur Selbstversorgung der Familien. Er gab den Leuten Rat und Tat, wie man das am besten und kostengünstigsten machen könnte. Dann kam er darauf, daß es ökonomischer ist, Samen, Düngemittel und einfache Gartengeräte gemeinsam einzukaufen, und eröffnete einen kleinen Laden in Bethlehem, der auch sofort kräftig frequentiert wurde. Die israelischen Behörden verboten ihm dies, sie behaupteten, er sei ein Mitglied des „Volkskomitees“ (das seinerseits die Produktion für den Eigenbedarf propagiert). Da er seinen Laden dennoch nicht schließen wollte, wurde er verhaftet und sitzt jetzt in Administrativhaft. Wenn diesem Mann noch politisches Bewußtsein gefehlt haben – jetzt wird er es bekommen! Da die Mitgliedschaft in Volkskomitees als Verbrechen gilt, das mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft wird, muß heute jeder Palästinenser, der die Komitees unterstützt oder auch nur ein Flugblatt besitzt, das von einem der Komitees herausgegeben wurde, damit rechnen, ins Gefängnis zu kommen. Doch viele Aktivisten der Volkskomitees dienen lediglich ihrer Gemeinschaft, indem sie Unterricht für Kinder und Alphabetisierungskurse für Erwachsene, speziell für Frauen organisieren, Felder bestellen, die Nahrungsmittelversorgung gewährleisten o.ä. Diese Komitees arbeiten seit einigen Monaten völlig öffentlich.

Fundamentalistische Moslems, vor allem die Hamas, die islamische Bruderschaft, werden oft von der israelischen Regierung unterstützt in der Hoffnung, sie würden die Stellung der PLO untergraben. Unter ihnen gibt es einige, die die „Protokolle der Weisen von Zion“ zitieren und offen mit Hitler sympathisieren. Doch denen geschieht nichts. Sie sitzen nicht im Gefängnis. Infolge dieses Ge-

währenlassens oder gar der Unterstützung könnten sich örtliche Anführer der Fundamentalisten an die Spitze von Aktionen stellen – und wehe uns allen, wenn sie außer Kontrolle gerieten! Die Hamas haben Schläger-Trupps und üben im fundamentalistischen Sinn juristische Funktionen aus. Doch nicht sie, sondern die „moderaten“ Palästinenser werden eingesperrt oder deportiert. Und zwar, um mit der Anwältin Lea Tsemel zu sprechen, weil sie Zugang zu den Herzen der Juden finden. Allen Deportationskandidaten ist eines gemeinsam: Sie hatten es geschafft, von den Juden bzw. jüdischen Israelis akzeptiert zu werden, obwohl sie eigene politische Vorstellungen haben und der PLO nahestehen. Mit anderen Worten: Sie wurden von den Israelis als menschliche Wesen betrachtet, und deshalb werden sie des Landes verwiesen oder eingesperrt. So wurde Mubarak Awad, der viele jüdische Freunde hatte und für gewaltlosen Widerstand eintrat, ausgewiesen und Feisal Hussein, ein Mann der Friedensbewegung, der in jüdischen Akademikerkreisen sehr populär ist, zum ich weiß nicht wievielten Mal wieder zu sechs Monaten Administrativhaft verurteilt, aus der er gerade erst vierzehn Tage zuvor entlassen worden war. Ich sprach mit seiner Frau, die erzählte, daß er in Einzelhaft sei. Vergessen wir nie, daß sich hinter den Zahlen und Statistiken das Leid einzelner verbirgt!

Das Militär ermuntert die Siedler, die Palästinenser zu terrorisieren und sofort scharf zu schießen. Alle Siedler sind bewaffnet. So lesen wir in der Zeitung *Chadaschot* vom 5.10.88, daß der Rabbi Levinger – der Anführer der Siedlerbewegung – aus kurzer Entfernung in ein Schuhgeschäft in Hebron hineingeschossen hat. Warum? Angeblich war sein Auto mit Steinen beworfen worden. Erfolg: Ein Toter und ein Schwerverletzter. Doch geschehen ist ihm bisher nichts.

Es gibt aber offensichtlich zweierlei Tote! Der entsetzliche, verabscheuungswürdige Anschlag auf einen zivilen Bus in Jericho, bei dem eine Mutter mit drei Kindern ums Leben kam, hatte ein ganz anderes Echo: Massenverhaftungen, Häusersprengungen und der Ruf nach der Todesstrafe waren die Folge. Dabei darf man nicht vergessen, daß das Leben der Familie nicht in Gefahr gewesen wäre, wenn nicht die Gebiete besetzt wären. Außerdem hat sich die Führung der Intifada sofort von diesem Anschlag distanziert. Klar, daß so eine Aktion dem Likud nur gelegen kam. Und leider meinten einige Funktionäre der Arbeitspartei, nur noch eine Massenausweisung von Palästinensern könne die Wahlchancen der Arbeitspartei retten. Welch ein bodenloser Zynismus!

Neue Ausrichtung der PLO

Ca. 32.000 Araber sind in Israel wahlberechtigt. Die PLO hatte diesmal die Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft dazu aufgerufen, zu den Wahlen zu gehen und für diejenigen Parteien zu stimmen, die folgenden Kriterien entsprechen: Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes, internationale Nahost-Konferenz, Anerkennung der PLO und Verhandlungen mit ihr. Dies wurde am 7.10.88 in der hebräischen Zeitung *Yediot* als Erklärung von Dr. Achmed Tibi, einem Vertrauten Arafats, veröffentlicht. Das bedeutet, daß sie auch für „zionistische“ Parteien stimmen können, die diesen Kriterien entsprechen. Das waren drei Parteien: die Bürgerrechtspartei RAZ, die Fortschrittspartei und die MAPAM. Salem Jubran (Hadash), stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung *Al-Ittihad*: „Als Araber, die Bürger des Staates sind, sitzen wir im selben Boot wie progressive, liberale und demokratische Juden. Auf der Grundlage unserer Berührungspunkte mit einigen israelischen Parteien und Kräften glauben wir, wenn man diese Kräfte im israelischen politischen Leben, besonders in der Knesset unterstützt und stärkt, trägt man dazu bei, von innen her Druck auszuüben, um die Israelis zu einer gerechten Lösung zu ver-

anlassen, die auf dem Recht des palästinensischen Volks auf nationale Unabhängigkeit basiert...“
Wenn die israelischen Araber von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machten, „ließe man damit eine Gelegenheit außer acht, die politische Situation in Israel zu überprüfen, die fortschrittlichen, demokratischen Kräfte in Israel würden geschwächt und den Extremisten auf der Rechten würde es leicht gemacht, uns weiterhin unsere nationalen Rechte vorzuenthalten, weiterhin die Ausbürgerung von Palästinensern zu fordern.“

Damit hat die PLO deutlich gemacht, daß ihr (heutiges) Ziel ein Dialog mit der jüdischen Bevölkerung in Israel und ihren Repräsentanten ist. Sie suchen die Zusammenarbeit mit Parteien, die bereit sind, mit ihnen zu sprechen und eine gerechte, friedliche Lösung für das Palästina-Problem zu finden. „Die Intifada trägt in sich die Botschaft, daß eine Lösung möglich und sogar realistisch ist... Wenn Unabhängigkeit möglich ist, ist auch Frieden möglich ... wenn das palästinensische Recht auf nationale Unabhängigkeit anerkannt wird, bedeutet das, daß im Geschichtsbuch dieses Landes eine neue Seite aufgeschlagen wird, auf der Frieden, Sicherheit und Koexistenz verzeichnet sind...“

Doch leider ist diese neue Richtung und der Appell an die israelischen Araber, sich massiv an den Wahlen zu beteiligen, noch nicht bis zur Basis vorgedrungen oder das Mißtrauen auch gegen die israelischen Oppositionsparteien sitzt noch zu tief.

In einem Interview mit der Zeitschrift Newsweek sagte der israelische Schriftsteller A.B. Yehoshua: „Angesichts der Haltung der Israelis zu dem, was in den besetzten Gebieten geschieht, kann ich die Haltung all der Deutschen verstehen, die nichts gesehen und nichts gewußt haben wollen.“ Damit habe er nicht die Behandlung der Palästinenser durch die Israelis mit dem Holocaust gleichgesetzt, wie er auf wütende Proteste hin feststellte, es ging ihm vielmehr um das Verhalten gegenüber offenbarem Unrecht, um die Bereitschaft, es zur Kenntnis zu nehmen und tätig einzugreifen.

Am 8.10.88 nahm ich an einer Demonstration in Tel Aviv gegen die Ausweisungen (Deportationen) teil, die unter dem Motto lief: *Weist sie nicht aus. Redet mit ihnen!* Es beteiligten sich folgende Oppositionsgruppen: „Ende der Besatzung“; „Es gibt eine Grenze“ (Jesch Gwul); Israelis aus Überzeugung (Wahl) – das sind Neueinwanderer, meist amerikanische Juden, die nicht dem rechten Spektrum angehören (solche gibt es auch!); Friedensbewegung Haifa; Frauen in Schwarz – das sind diejenigen, die in verschiedenen Städten, besonders in Jerusalem jede Woche ein Mahnwache abhalten, um die Bevölkerung an die Situation in den besetzten Gebieten zu erinnern); „Die rote Linie“; „Nieder mit der Okkupation“; „Das 21. Jahr“; auch Oberschüler, die nicht in den besetzten Gebieten dienen werden; und – ein Novum – religiöse Juden mit Käppchen, die durchgesetzt hatten, daß die Demonstration zum Schabbatende stattfinden durfte, damit auch sie mit ihren Kindern dabei sein konnten. (Die Polizei wollte das zuerst nicht genehmigen, denn samstagabends, nach dem Ende des Schabbat, ist viel Verkehr auf den Straßen, viele Menschen flanieren durch die Hauptstraßen, durch die auch die Demonstrationsroute führte.

Nun wird man vielleicht fragen: Und die größte der Friedensgruppen, Shalom Achshav – Peace Now, Frieden jetzt??! Die blieb zu Hause, wie so oft vor Wahlen war sie unauffindbar. Shalom Achshav besteht nämlich zum größten Teil aus dem linken Flügel der Arbeitspartei und wird von deren Leuten angeführt. Und vor den Wahlen wollen sie nicht gegen Kandidaten aus ihren Reihen protestieren, in diesem Falle gegen Rabin, den führenden Kandidaten der Arbeitspartei, der für die Oppositionellen im Zentrum der Kritik stand und auch stehen muß. So skandierte man auf der De-

monstration: Rabin, Rabin, Jallah, Jallah, raus aus Gaza und Ramallah! Es waren ca. 4.000 Menschen da – zu wenige natürlich!

Rabin gehört zu den Generalen, die anscheinend immer noch der Überzeugung sind, daß ein Volksaufstand mit militärtechnischen Mitteln zu unterdrücken sei. Vor kurzem hat er behauptet, dem Aufstand könne mit den neuen Plastikgeschossen ein Ende gesetzt werden. Plastikgeschosse – das hört sich harmlos an, fast wie Kinderspielzeug. Doch diese neuen Geschosse sind im Fall einer Verletzung nicht weniger gefährlich als scharfe Munition. Der Unterschied zu „normalen“ Kugeln besteht darin, daß eine gewöhnliche Kugel sich dreht, während eine Plastikugel – eine gewöhnliche Kugel mit Hartplastikkopf – sich nicht dreht, aber ebenso tödlich wirken kann, auf jeden Fall aber dringt sie in den Körper ein und muß herausoperiert werden. Es hat bereits mehrere Tote gegeben, doch Rabin sagte arrogant: „Hetzer und Randalierer müssen gebändigt werden!“ (wörtlich nach: *Chadaschot Israel* vom 29.9.88). Bei der Konfrontation müßten die Unruhestifter Verletzungen und Verluste erleiden, damit sie begreifen, daß Festnahmen nicht das letzte Mittel sind. „Dies ist meine Politik, und ich bin dafür verantwortlich.“ Auch das Radio zitierte diese Erklärung Rabins.

Seit Anfang Oktober etwa ist eine Eskalation zu verzeichnen. Zum ersten Mal wurde auch in Jerusalem ein Palästinenser getötet. Das ist eine Eskalation selbst angesichts der Tatsache, daß sich seit dem Juli die Zahl der er- und angeschossenen Palästinenser um das Sechsfache vergrößert hat! Mit der Einführung der Plastikgeschosse ist die Hemmschwelle für den Einsatz von Schußwaffen weiter gesunken, und die Zahl der Opfer steigt. Dennoch hört man in jüdisch-israelischen Kreisen oft, Rabin sei gut für die Israelis, und gegen die Intifada sollte mit noch härteren Mitteln vorgegangen werden. Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage und eines immer längeren Militärdienstes – jetzt dauert der Reservedienst schon sechzig bis hundert Tage – sagen viele, besonders leider die aus den ärmeren Schichten: „An allem sind die Araber schuld!“ Wir erinnern uns, damals hieß es: „Die Juden sind an allem schuld, sie sind unser Unglück!“

Nicht die ganze Bevölkerung denkt so. Aus der *Jerusalem Post*:

Reservisten: Beschwerde über brutales Vorgehen der Armee

Eine Gruppe von Reservisten hat eine Beschwerde über eine Einheit in Qualquilya und Umgebung eingereicht. Nach einem Bericht der *Jerusalem Post* vom Montag sei die Klage von einem Sanitäter eingereicht worden. Wie er berichtet, habe man ihn mit dem Gewehr bedroht, um zu verhindern, daß das, was er gesehen hat, an die Öffentlichkeit dringt. Er berichtete, daß palästinensische Gefangene regelmäßig geschlagen würden – von Offizieren und Soldaten gleichermaßen. In Qualquilya sei außerdem ein höherer Offizier „wild“ geworden und habe aus einem Gebäude heraus in die Luft geschossen, Fensterscheiben mit dem Gewehrkolben zerschlagen und lauthals geflucht und gebrüllt.

Außerdem reichte er Klage ein gegen die Fesselung an Telegrafmasten, gegen die Verschleppung von Angeklagten in Obstgärten, wo sie dann geschlagen würden, und gegen die Beschießung von Lautsprechern des Muezzin.

Der Sanitäter sagte aus, er sei daran gehindert worden, einen Palästinenser, der von Soldaten zusammengeschlagen worden war, medizinisch zu versorgen.

Nach den Angaben von Rabin sind bisher 250 Palästinenser getötet, 7.000 verletzt und 18.000 festgenommen worden. Derzeit befänden sich 5.600 Palästinenser in Militärgefängnissen. (Nach

anderen Angaben sind bereits ca. 350 Palästinenser getötet worden.) Dazu Rabin (Zitat): „Die größere Zahl der Opfer zeigt, daß das israelische Militär seine Aufgabe erfüllt und daß wir in den Zusammenstößen mit den Aufrührern die Übermacht haben, also als Sieger hervorgehen werden!“

Nächtliche Razzien

Immer häufiger finden generalstabsmäßig geplante Durchsuchungen von Dörfern und Städten statt, wobei vom Geheimdienst vorbereitete Listen den Soldaten bei der Festnahme von „Ruhestörern“ helfen sollen. In den Tagen, als ich in Israel war, wurde die Stadt Tulkarem auf den Kopf gestellt und jedes einzelne Haus durchsucht. Und natürlich wurde eine tagelange Ausgangssperre verhängt. Ebenso in dem Dorf Silwan bei Jerusalem.

Oft übernachteten Jugendliche und Männer aus den Dörfern nicht zu Hause, sondern in den Bergen, in Höhlen. Denn man ist nie sicher vor nächtlichen Razzien durch das Militär.

Die Armeeeinheit Givati

Diese Einheit ist berüchtigt für ihre Brutalität. Sie besteht überwiegend aus religiösen Israelis, und auch ihr Befehlshaber ist ein Mann, der zur Religion zurückgefunden hat (auf Hebräisch: Choser be'tshuwa, also einer, der zu den Wurzeln zurückgefunden hat. Das ist ganz im fundamentalistischen Sinn zu verstehen!) Aus der Zeitung schauen uns nun die einfachen, jungen Gesichter von vier Soldaten aus der Einheit Givati an, die auch meine Kinder oder Enkel sein könnten, weil sie einen Bewohner des Lagers Djabalije zu Tode geprügelt haben (*Yediot*, 5.10.88), in seinem eigenen Haus, vor den Augen seiner Familie, mit Gewehrkolben, einem Besenstiel, und indem sie auf ihm herumgetrampelt sind – den 41jährigen Hani el-Shami. Die Soldaten behaupten, sie hätten nur Befehle befolgt, nach denen sie Palästinenser vor der Festnahme schlagen sollten.

In diesem Fall ging doch ein Aufschrei durch die Presse, denn hier war das „Maß“ überschritten. Der Fall an sich ist schlimm genug, aber daß nicht einer von den Eltern der vier Soldaten zumindest sein Bedauern ausdrückte, sondern daß sie sich alle hinter den „Befehlen“ verschanzten, ist entsetzlich. Hatten wir das nicht schon einmal: „Nur Befehle ausgeführt“?! Der Richter ordnete Untersuchungshaft bis zur Urteilsverkündung an, worüber die Eltern und der Befehlshaber der Einheit sich empörten. Bei Soldaten lautet die Anklage allerdings ohnehin nicht auf Mord, sondern auf fahrlässige Tötung. Nun wollen die Anwälte und die Militärs die ganze Angelegenheit herunterspielen, weil sie befürchten, eine Pandorabüchse könnte sich öffnen. Sie versuchen durchzusetzen, daß die Anklage auf „ungebührliches Verhalten“ lautet, worauf ein kleines Strafmaß steht. Die Befehlshaber der Einheit argumentieren mit der versteckten Drohung, die „Moral“ der Truppe sei seit der Verhaftung der vier sehr gesunken... Nach der Verhaftung wohl gemerkt und dem richterlichen Beschluß, die vier in Untersuchungshaft zu lassen – nicht nach der Tat!

Im *Ha'aretz* vom 6.10.88 heißt es: Dieser Fall ist nur ein Beispiel von vielen. Auf das Konto der Einheit Givati gehen noch viele andere Fälle brutaler Prügelei, etwa der Fall des 17jährigen Ijad Ikal, der im Flüchtlingslager Burj zu Tode kam. Eine Untersuchung wurde erst 18 Monate nach der Tat eingeleitet. Etwas besser war das Los von Muchmad Namnin aus Schati. Er wurde „nur“ bewußtlos geschlagen. Nach Erster Hilfe durch den Militärarzt im Lager Ansar 2 wurde er nach Gaza ins Krankenhaus geschafft, wo er drei Wochen lang bewußtlos lag, bevor ein Ambulanz-Fahrer ihn zufällig erkannte und seine Familie benachrichtigte, die bis dahin nicht gewußt hatte, wohin er ver-

schwunden war. Ein führender Offizier erwiderte auf die Anschuldigungen gegen die Einheit Givati: „Das grenzt an Antisemitismus!“ Und weiter: „Die Kritik ist soviel wert wie Knoblauchschalen!“ Weniger konsequent als der Richter, der die Untersuchungshaft für die vier angeordnet hatte, ging das Gericht mit dem 21jährigen Offizier der Einheit Golani um, der angeklagt war, beteiligt gewesen zu sein, wie Palästinenser lebendig begraben wurden. Es handelte sich um die Geschehnisse in Arura, wo Palästinenser schwer mißhandelt wurden. Laut *Yediot* vom 4.10.88 wurde er von jeder Schuld freigesprochen. Die Anklage lautete auch hier auf „Betragen, das nicht einem Offizier entspricht“. Der Bruder des Angeklagten, der ebenfalls in der Einheit Golani dient, sagte, durch die Medienberichte und vor allem durch die Untersuchungshaft seines Bruders sei der Ruf der Familie schwer geschädigt worden – zu Unrecht natürlich.

Im Frauengefängnis

Ich besuchte die beiden jüdischen Redakteurinnen Michal Schwarz und Roni Ben-Efrat von der kürzlich verbotenen Zeitung *Derech-Hanitzotz*, einer linken Zeitung, die auch eine arabische Ausgabe hatte. Solange ich in Israel war, befanden sich zwei Frauen und drei Männer von dieser Zeitung noch in Untersuchungshaft. Als Mitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte interessierte ich mich besonders für ihre Haftbedingungen. Die Moral der beiden Frauen war ungebrochen, trotz der schmerzlichen Trennung von ihren Kindern, die inzwischen von einer dritten Redakteurin versorgt werden, Hadass Lahav, die am 25.5.88 auf Kautio n freigelassen wurde. Die beiden Frauen erzählten von anfangs sehr schweren Haftbedingungen, als beide in Isolierzellen saßen, die verdreckt, voller Ameisen und fensterlos waren. 24 Stunden brannte Neonlicht. Es gab kein Wasser, keine Toilette, essen konnte man nur auf dem Fußboden. Die beiden traten in Hungerstreik, zwei Knessetmitglieder von der RAZ kamen sie daraufhin besuchen, Shulamit Aloni und Jossi Sarid, die den Fall vor die Knesset brachten, und so kamen sie schließlich aus den Isolierzellen frei. Die RAZ ist weder sozialistisch noch links, sondern eine liberale, zionistische Bürgerrechtspartei.

Hadass Lahav erzählte nach ihrer Haftentlassung: „Ich wurde Tag und Nacht verhört, 72 Stunden lang. Um mich psychisch zu zermürben, verbanden sie mir die Augen und zwangen mir Kopfhörer an, die einen fürchterlichen Krach machten. Danach wurde ich in einer winzigen, fensterlosen Einzelzelle eingesperrt.“ Ein böses Licht auf die Methoden des Schin Bet, des israelischen Geheimdienstes, wirft folgende Geschichte: Sie sei, erzählt Hadass, zu einem gefesselten, offensichtlich gefolterten Palästinenser gebracht worden, der sie flehentlich bat, doch endlich auszusagen, um damit ein Ende *seiner* Folterungen zu erwirken. Überflüssig zu sagen, daß sie diesen Mann nicht kannte und bis heute nicht weiß, wer er war.

Nach meiner Rückkehr hat mich hier die Nachricht erreicht, daß die jüdischen Redaktionsmitglieder gegen hohe Kautio nen (jeweils ca. 50.000 DM) aus der Untersuchungshaft entlassen worden sind und nun unter Hausarrest stehen – zumindest zu Hause mit ihren Kindern. Besonders wenn ich an die Kinder denke, die alle noch im Schulalter sind, empfinde ich darüber große Erleichterung. Doch das palästinensische Redaktionsmitglied befindet sich nach wie vor in Administrativhaft!

Die vier Kinder der beiden Redakteurinnen waren übrigens auch bei der Demonstration gegen die Ausweisungen in Tel Aviv dabei, verkauften T-Shirts mit Aufdrucken für die Pressefreiheit und sammelten Geld. Bei dieser Demonstration wurde auch ein Bild der kurz zuvor verhafteten Naila Aish Zakutt mitgetragen: die 27jährige war schon vor anderthalb längere Zeit inhaftiert gewesen

und schwer gefoltert, wie sie später zu Protokoll gab. Über ihren Fall habe ich bei der Veranstaltung im Februar berichtet. Sie war damals schwanger und verlor bei den Folterungen ihr Kind. Nach der Entlassung wurde sie wieder schwanger und hat vor einem halben Jahr ein Kind geboren. Vor zwei Monaten wurde ihr Mann Djamal des Landes verwiesen. Aish Zakutt wird vorgeworfen, der „Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas“ (DFLP) anzugehören und im Hilfskomitee für die Familien der Deportierten tätig gewesen zu sein. Naila lebt in Gaza, wo sie als Laborantin arbeitet. In den letzten Monaten war sie auch im Rahmen des „Save the Children Fund“ aktiv, doch sie arbeitete weiter, um sich und ihre Familie zu ernähren. Das schlimmste bei ihrer neuerlichen Verhaftung ist, daß sie ihr Baby, das sie noch stillt, nicht mit ins Gefängnis nehmen durfte. Doch bei der Demonstration habe ich erfahren, nach Informationen der Organisation „Im Dienst der politischen Gefangenen“ (in der palästinensische und israelische Frauen zusammenarbeiten) solle nun das Baby zu seiner Mutter ins Gefängnis dürfen.

Ich fürchte sehr, durch all das, was bisher geschehen ist, sind die Gefühle der Palästinenser so tief verletzt, daß sie keinen Juden mehr sehen können, ohne an ihre Leiden erinnert zu werden. Viele Palästinenser werden verhaftet, ohne Gerichtsurteil eingesperrt, es gibt Deportationen, und Tag für Tag sterben Menschen.

Die breite Masse der israelischen Bevölkerung reagiert darauf so gut wie gar nicht. Um es mit den Worten von Ernst Toller zu sagen: „Vom Leiden des Anderen zu lesen, das ist eine nette Abwechslung, aber das Leiden des Anderen zu fühlen – nee! So genau wollen wir’s nicht wissen!“ Darin zeigt sich jedoch auch, wie effektiv die Regierung arbeitet. Denn diese Gleichgültigkeit ist genau das, was sie wollen. Darum ist die Vermittlerrolle, die die israelischen Oppositionellen spielen können, sehr eingeschränkt, aber um so wichtiger! Die Staatsideologie ist in sich so geschlossen, daß die Leute, die an sie glauben – und das ist leider die Mehrheit –, innerhalb ihrer „Logik“ argumentieren: Die ganze Welt sei „gegen uns“, deshalb könne uns nur militärische Stärke retten, jede Kritik an Israel ist zuallererst ein Ausdruck der allgemeinen Feindseligkeit, des Antisemitismus, und deshalb s.o.... usw. usf.

Politischer Ausblick

Das Votum der Regierung gegen einen Palästinenserstaat und gegen Verhandlungen mit der PLO wird sich so bald nicht ändern. Sie werden alles, was von palästinensischer Seite gesagt und getan wird, in ihrem Sinne (um-) interpretieren.

Wenn etwa ein Mitarbeiter Arafats, Abu Sharif sagt, die PLO wolle einen Palästinenserstaat *neben* Israel, sagt die Regierung, er sei nur die zweite Garnitur, das habe kein Gewicht. Sagt es Arafat wie vor dem Europaparlament in Straßburg, dann heißt es, er lüge, alles nur Propagandatricks, Bauernfängerei.

Hier ein taz-Interview mit Bassam Abu Sharif, Berater des PLO-Chefs Arafat, vom 15.9.88:

taz: Sie sind der Verfasser eines Papiers, in dem die PLO erstmals direkte Gespräche mit Israel anbietet. Wie waren die Reaktionen?

Abu Sharif: Das offizielle Israel hat meine Vorschläge abgelehnt: die Bildung eines palästinensischen Staats an den Seiten Israels, internationale Sicherheitsgarantien für alle Staaten der Region – einschließlich Israels und Palästinas. Aber es gab auch andere Reaktionen: Viele Israelis haben meine Vorschläge in eigenen Artikeln aufgegriffen und kommentiert. Der Artikel hat die Blockierung des Meinungs austauschs darüber, wie die Besatzung

beendet und Frieden geschaffen werden kann, durchbrochen. Auch die US-Regierung hat meine Ideen positiv eingeschätzt, aber keine konkreten Schritte unternommen.

taz: Was hat die PLO veranlaßt, ihre Haltung gegenüber Israel zu ändern?

Abu Sharif: Die Positionen in meinem Papier sind im Grunde nicht neu. Sie beruhen auf Beschlüssen des Palästinensischen Nationalrats, der sich für Friedensverhandlungen im Rahmen einer internationalen Konferenz ausgesprochen hat. Der Artikel will verdeutlichen, was das Ergebnis einer solchen Konferenz sein könnte. Der Artikel bringt Neues in dem Sinne, daß die Dinge klar benannt sind, die sonst eher allgemein ausgedrückt werden.

taz: Die Intifada läuft jetzt schon den zehnten Monat. Was hat die PLO den Palästinensern für die nächste Zukunft anzubieten?

Abu Sharif: Es geht nicht darum, etwas anzubieten. Die PLO führt den Kampf gegen die Besatzung, und die Intifada wird weitergehen, bis die Besatzung beendet ist.

taz: Wann wird die PLO eine Exilregierung ausrufen?

Abu Sharif: Unsere Regierung wird sehr bald gebildet werden. Das braucht die Zustimmung des Nationalrats als unserer gesetzgebenden Körperschaft, aber schon jetzt gibt es eine breite Zustimmung der Palästinenser in der PLO zu diesem Schritt. Ich glaube, die Regierung wird nächsten Monat gebildet werden. Die Sitzung des Nationalrats hatten wir verschoben, weil wir zuvor noch eine Reihe juristischer und politischer Überlegungen abschließen wollten. Jetzt sind wir soweit. Wir haben auch bei einer ganzen Anzahl von Regierungen angefragt, ob sie eine solche Regierung anerkennen werden, und das Ergebnis ist im großen und ganzen positiv.

In diesem Zusammenhang ist ein Werbespot des Likud zu den Wahlen zu erwähnen, der Arafat vor 14 Jahren zeigt, als er eine sehr radikale Rede – mit der Kalaschnikow in der Hand – hielt. Die Zuschauer sollten den Eindruck bekommen, dies sei Arafats aktuelle Einstellung. Eine Sendung der Progressiven Liste mit einer tatsächlich neuen, aktuellen Rede Arafats, in der er für einen Palästinenserstaat *neben* Israel eintritt und die Anerkennung sämtlicher UN-Resolutionen fordert, wurde hingegen verboten. Zweierlei Maßstäbe!

Die meisten Israelis sehen in den Palästinensern einfach einen Haufen wildgwordener Jugendlicher, Mob. Mehr sehen sie nicht, wollen nichts sehen, und deshalb hört man des öfteren: „Erschießt sie doch einfach!“ Der Glaube an die eigene Überlegenheit hat sich zum Rassismus verselbständigt. Selbst unter den „Wohlmeinenden“ oder gerade bei ihnen, wenn er sich nämlich mit dem Glauben an eine Art Fürsorgepflicht mischt, herrscht die Meinung vor, man könne es diesen „Armen und Zurückgebliebenen“ nicht selbst überlassen, ihr Geschick selbst in die Hände zu nehmen. Die Palästinenser wurden nicht nur diskriminiert, es wurde ihnen auch noch vorgeschrieben, wie sie darauf zu reagieren haben. Aber diese Zeit ist nun vorbei. Jeder Palästinenser weiß heute, daß es nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht ist, in einer Weise zu reagieren, die ihm selbst richtig erscheint.

Die meisten Palästinenser, die sich aktiv an der Intifada beteiligen, kennen Israel von innen als Wanderarbeiter. Aus halbfeudalen Zuständen heraus sind sie Proletarier geworden, und zwar im besten, klassischen Sinn. Sie sind aus Bauern zu Proletariern geworden, weil es in den besetzten Gebieten keinerlei Infrastruktur mehr gibt. Das ist von Israel gezielt betrieben worden: Wegen der fortdauernden Ausgangssperren können Bauern ihre Felder nicht bestellen oder nicht ernten oder die geernteten Produkte dann womöglich nicht vermarkten. Durch Streiks könnten sie Druck auf die israelische Regierung ausüben: Die wirkliche Macht der Palästinenser in den besetzten Gebieten ist ihre Arbeitskraft. Das hat die Regierung genau erkannt und deshalb die Gewerkschaften weitgehend verboten.

Die Rolle der Frauen in der Intifada

Die Palästinenserinnen in den besetzten Gebieten haben sich weitgehend aus ihrer traditionellen Stellung befreit. In allen Volkskomitees sitzen Frauen und organisieren gegenseitige Hilfe: Unterricht für die Kinder, da die Schulen von den Behörden geschlossen sind; Unterstützung für bedürftige Familien, deren Ernährer im Gefängnis sitzt; sie sorgen für den Gemüseanbau zur Selbstversorgung. Kürzlich sind, da in den Krankenhäusern immer wieder Blutkonserven fehlen, in der gesamten Bevölkerung Blutgruppentests durchgeführt worden, so daß jetzt gezielt und schnell die passenden Spenderinnen und Spender gefunden werden. In der Intifada, in den Volkskomitees geben Frauen Anordnungen auch für Männer – nur dort wohlgemerkt, in der Leitung der PLO ist keine einzige Frau! Nebenbei gesagt: Auch in der israelischen Protestbewegung finden sich in erster Linie Frauen!

In Abu Dis, einem Vorort von Jerusalem, gibt es ein „Frauenhaus“. Dort können Frauen mit ihren Kindern unterkommen, wenn sie aus dem Gefängnis entlassen werden, während ihre Männer weiterhin inhaftiert oder des Landes verwiesen sind. Oft betreut eine Frau die Kinder der anderen mit. Die dort erfahrene und praktizierte Solidarität, das derart gewonnene Selbstbewußtsein sind nicht mehr rückgängig zu machen.

Seit Beginn der Intifada sind über hundert Frauen verhaftet worden. Sechs oder acht von ihnen befinden sich in Administrativhaft, d.h. sie sind ohne Gerichtsurteil inhaftiert. Sie alle waren in den Frauen-Arbeitskomitees in der Westbank oder in Gaza aktiv. Vier von ihnen haben kleine Kinder.

Solidaritätsbesuche in den besetzten Gebieten

Unter dem Motto „Beendet die Besatzung“ organisiert das „Komitee der Familien der Exilierten“ Solidaritätsbesuche von jüdischen Israelis bei palästinensischen Familien, die exiliert werden sollen. So wurden am 23. und 24.9.88 Solidaritätsbesuche bei etwa einem Dutzend Familien in der Westbank und in Gaza gemacht, an die am 18.8.88 Ausweisungsbefehle ergangen waren. Daran nahmen 130 jüdische Israelis aus Oppositionsgruppen und auch ich teil.

Zwei Beispiele:

1. Besuch bei der Familie von Odeh Jussuf Machmud Maali, 30 Jahre alt, Vater von fünf Kindern, in dem Dorf Nemej nordwestlich von Ramallah am 23.9.88. Die Besuchergruppe bestand aus zwölf Leuten. Von der Familie waren bei unserem Besuch anwesend: Odehs Frau, seine fünf Kinder, seine Schwester und einige entferntere Verwandte. Die Familie hat im Lauf der Intifada schon zwei Söhne verloren, doch davon später.

Aus der Unterhaltung:

- *Wie wurdet ihr über den Deportationsbefehl gegen Odeh unterrichtet und wann wurde er verhaftet?*
- Odeh wurde ca. einen Monat vor der Mitteilung über den Deportationsbefehl verhaftet, auf dem Weg von Ramallah nach Jerusalem. Uns wurde nichts davon mitgeteilt. Wir haben ihn überall gesucht und schließlich erfahren, daß er in Jerusalem im Gefängnis sitzt (Moskobiye). Von dem Ausweisungsbeschluß gegen ihn haben wir in der Zeitung gelesen. Niemand hat uns irgendetwas erklärt.
- *Wißt ihr, was ihm vorgeworfen wird?*

- Uns wurde gesagt, er sei wegen Aufhetzung und Mitgliedschaft im Volkskomitee der Intifada angeklagt. Es gab keine spezifischeren Anschuldigungen und keine schriftliche Anklage.
- *Wo ist Odeh jetzt inhaftiert?*
- Er ist nach Djamid gebracht worden, ein Zentralgefängnis in der Westbank. Einmal alle zwei Wochen dürfen wir ihn besuchen. Aber das ist sehr schwer. Im Gebiet von Nablus herrscht oft Ausgangssperre, und dann kommen wir nicht durch. Bei Ausgangssperre erhöhen die Taxifahrer wegen der nötigen Umwege die Preise, uns bleibt nichts anderes übrig als zu zahlen.
- *Es ist bekannt, daß einige Familien von Ausgewiesenen beschlossen haben, sich an das Oberste Gericht zu wenden. Setzt ihr Hoffnungen in diese Eingaben?*
- Nein, was das Oberste Gericht angeht, machen wir uns keine Hoffnungen. Das Oberste Gericht hat in dieser Angelegenheit noch nie zugunsten des Angeklagten entschieden. Unser ganzes Ziel ist es, die öffentliche Meinung aufzurütteln, in der ganzen Welt. Deswegen versuchen wir alles, was nur möglich ist. ... Wir, die Familie, wir werden diesen Ort nicht verlassen. Wenn Odeh ausgewiesen wird, geht die Familie nicht mit ihm – wir warten auf seine Rückkehr!
- *Wie ernährt sich die Familie nach Odehs Verhaftung?*
- (Odehs Frau:) Ich arbeite in einer Nähwerkstatt. Außerdem unterstützen uns Odehs Brüder. Einer spendet Mais, einer Reis, der dritte Zucker. Wie soll es sonst gehen? Die Kinder müssen doch essen und etwas zum Anziehen haben! Odehs Familie hat es schwer getroffen, sie hat im Lauf der Intifada viel erlitten. Am 13. Januar 1988 wurde bei einer großen Demonstration in Nemejeh, an der ca. tausend Menschen teilnahmen, Odehs Neffe erschossen, Chassan Mustafa Djaba Maali. (Odehs Schwester:) Man hat ihm vier Kugeln in die Brust geschossen, und nachdem er schon zusammengesackt war, noch zwei in die Schulter. Das Militär hat seine Leiche aus dem Kühlraum des Krankenhauses gestohlen. Erst nach vielem Hin und Her haben wir seine Leiche bekommen, mitten in der Nacht. Am 19. Februar ist Odehs Schwager erschossen worden, Abdalla Ata Abdalla Atije. Durch eine Kopfschuß mit einer M-16 aus nächster Nähe, im Zentrum von Ramallah.

2. Besuch bei Aisch Abed el Asis Machmud Abu Saba am 24.9.88. Aisch soll ebenfalls ausgewiesen werden. Die Familie lebt in Djabalje, einem der größten Flüchtlingslager im Gazastreifen. 65.000 Menschen leben dort. An dem Besuch nahmen dreizehn jüdische Israelis teil.

Aisch ist 30 Jahre alt, hat drei Kinder und arbeitet als Lehrer an der Grundschule in Djabalje, die von der UNWRA eingerichtet wurde. Seit 40 Tagen sitzt er im Zentralgefängnis von Gaza.

- *Wann und wie bekam Aisch die Deportationsandrohung?*
- Am 16. August um 18.30 umstellten Militär und Geheimdienstleute das Haus. Weder klopfen sie, noch klingelten sie. Sie kletterten einfach auf die Dächer ihrer Fahrzeuge und von dort auf das Dach unseres Hauses und eröffneten das Feuer: 12 Kugeln wahllos ins Haus. Aischs Neffe wurde am Kopf getroffen. Sie stürmten in die Zimmer, schossen um sich und schlugen auf uns ein. Die ganze Familie war zu Hause und wurde geschlagen, sogar unser behinderter Sohn. Sie machten die Dachziegel kaputt und alles, was ihnen in den Weg kam.
- *Hatten sie eine Strafanzeige gegen euch?*
- Nein. Nicht nur hatten sie weder eine Strafanzeige oder einen Durchsuchungsbefehl, Aisch wurde auch im Gefängnis nicht vernommen. Wir besuchen ihn einmal in der Woche, und Aisch erzählte uns, daß man ihn gar nicht vernommen hat. Gerüchtweise hörten wir, ihm werde vor-

geworfen, Mitglied im Volkskomitee zu sein. Aber wir haben keinerlei Erklärungen bekommen, kein Mensch hat mit uns darüber gesprochen...

- *Wie ernährt ihr euch jetzt, da Aisch im Gefängnis sitzt?*
- Aisch war faktisch der einzige Ernährer der großen Familie. Jetzt, wo er im Gefängnis ist, haben wir keinerlei Einkünfte mehr. Sein alter Vater kann nicht mehr arbeiten und erhält auch keine Unterstützung. Auch nicht von der UNWRA!
- *Wie könnt ihr dann die Kosten für die Eingabe beim Obersten Gerichtshof bezahlen?*
- Es gibt Anwälte, die Ausweisungsbedrohte kostenlos vertreten.
- *Wie können wir, das israelische Friedenslager, euch unterstützen?*
- Indem ihr Druck auf die Regierung macht. Es geht nicht an, Menschen auszuweisen, von denen so viele Familienangehörige abhängen, daß man uns einfach so aussetzt! Nehmt ein Photo von Aisch, von uns allen mit und veröffentlicht unseren Fall!
- *Erzählt uns noch etwas über die Situation in Djabalje.*
- Hier sind seit Beginn der Intifada mehr als dreißig Leute getötet worden. Teils durch Schüsse, teils durch Schläge, teils durch den Einsatz von CS-Gas¹.... Das Militär setzt es in großen Mengen ein, es hat zu vielen schweren Verbrennungen und zu Früh- und Fehlgeburten geführt.
- *Wie seht ihr eure Zukunft?*
- Gott wird helfen! Wir hoffen, die ganze Zeit hoffen wir! Wir wollen noch leben! So wie ihr einen Staat habt, wollen auch wir einen Staat, neben euch, nicht statt euch. Die Intifada kann nicht gestoppt werden. Nehmt z.B.b mich: Wenn ich nicht mehr kann, steht ein anderer für mich auf. Wenn sie Aisch festnehmen, tritt ein anderer an seine Stelle. Wofür sterben wir und unsere Kinder, wenn nicht für unsere Rechte!

Chadashot vom 29.7.88: Plötzlich piff ganz Nablus

Letztes Wochenende, nachdem zwei Palästinenser getötet worden waren, war eine Ausgangssperre über Nablus verhängt worden. In einer großen Stadt wie Nablus ist man im allgemeinen vorsichtig mit der Verhängung von Ausgangssperren, weil es keinen Sinn ergibt, wenn man sie nicht durchsetzen kann. Doch die Soldaten erzählten, sie seien trotz der Ausgangssperre immer wieder von der Bevölkerung behelligt worden. Dummy-Molotowcocktails und Dummy-Bomben lagen in den Straßen herum. Was ist eine Dummy-Bombe? Eine Büchse, aus der Drähte herauschauen – und das kann eine ganze Patrouille von israelischen Soldaten für lange Zeit aufhalten, bis schließlich ein Sprengstoff-Entschärfer der Armee kommt, nur um festzustellen, daß es nur eine Büchse mit Lumpen und Draht ist. Oder es brennen plötzlich Reifen, und kein Täter ist in Sicht. Dann kam eine halbe Stunde völliger Ruhe. Und dann plötzlich, genau um 9 Uhr, standen alle Einwohner von Nablus an ihren Fenstern und begannen zu pfeifen. Ein halbstündiges Pfeifkonzert! „Und das war wirklich nervenaufreibend!“, sagte

¹ CS-Gas: Auch wenn heute Polizeikräfte vieler Länder CS-Gas in ihrem Waffenarsenal haben, so auch die BRD, darf man doch nicht vergessen, daß CS-Gas zu den völkerrechtlich geächteten Kampfstoffen gehört. In einer Studie über die Folgen des Einsatzes von CS-Gas warnt das Öko-Institut Freiburg: „Die gesundheitlichen Auswirkungen von CS bei ‚Normaldosierung‘ sind heftiges Augenbrennen, Lidkrampf, Bindehautentzündung, Hautbrennen, Beklemmung, Erstickungsgefühl verbunden mit Panik, Atemnot, Brechreiz bis hin zum Erbrechen, Ansteigen des Blutdrucks, Durchfall. CS kann Allergien hervorrufen, Asthma-Anfälle auslösen und chronische Bronchitis verschlimmern.

Bei Überdosierung kann es zu schweren Augenschäden kommen und zu Verbrennungen zweiten Grades der Haut. Bei der Inhalierung großer Mengen verursacht es schwere Lungenschäden. Es können Atembeschwerden und Kreislaufstörungen folgen, die im Laufe der darauffolgenden Tage zum Tod führen können. Auch Leber- und Nierenschäden sind möglich. ... CS ist verdächtig, Krebs auszulösen.“ (Rainer Griebheimer, Öko-Institut Freiburg, „Reizkampfstoff CS“, in: IZ3W 10/1988).

ein Soldat. „Stell dir vor, obwohl sämtliche Telefonleitungen gekappt waren, handelte die ganze Stadt als Einheit!“

Zvi Gilat

Das Pfeifen hatte einen deprimierenden Effekt auf die Soldaten, doch den Einwohnern gab es Kraft – sie haben die Angst vor den Besatzern überwunden!

Am 18. August berichteten die hebräischen Zeitungen *Koteret Rashid*, *Chadashot* und *Ha'ir* über einen entsetzlichen Vorfall:

In Or-Jehuda, einem Ort in Israel, verbrannten drei arabische Arbeiter, die in einer schäbigen Wellblechhütte übernachteten, bei lebendigem Leib. Es war ein gezielter Mord: Die Tür war von außen verriegelt und Kerosin ausgeschüttet worden. Die Toten waren Abdalla Chalil, Ismail Said und Abed Nassim, 22, 26 und 30 Jahre alt. Von den Reaktionen der Leute in Or-Jehuda will ich gar nicht berichten. Die vergleichsweise moderatere war: „Soviel Geschrei um ein paar verbrannte Araber! Daran sind die verdammten roten Journalisten schuld!“ (Die das in die Zeitungen bringen.)

Die Haltung der amerikanischen Juden

International bröckelt die Allianz der Juden mit Israel. Im April 1988 erschien in der *New York Times* eine Anzeige mit den Unterschriften von nahezu tausend jüdischen US-Bürgern, die sich „Jews opposed to the Occupation“ nennen. Sie wiesen auf das brutale Vorgehen der Armee hin und erklärten: „Wir sind entsetzt über das Töten und Verstümmeln von Menschen und über die Zerstörung, die mit politischer Unterstützung und militärischer Hilfe durch die USA geschieht.“ Sie forderten die USA auf, jede Unterstützung für die Besatzungspolitik einzustellen. Viele der fortschrittlichen jüdischen Gruppen in den USA und Kanada sind in der „New Jewish Agenda“ zusammengeschlossen, die in den USA und Kanada 50 Ortsgruppen hat und die „eine fortschrittliche Stimme innerhalb der jüdischen Gemeinde und eine jüdische Stimme innerhalb der Gemeinschaft der Fortschrittlichen sein wollen.“ Elena Levi, deren Eltern vor den Nazis geflüchtet sind, drückt aus, was viele Agenda-Mitglieder denken: „Ich wollte meine Kritik an der Politik Israels äußern, aber mit jüdischer Stimme und so, daß es nicht für Antisemitismus gehalten werden kann.“ Dem schließe auch ich mich an.

Seit 1986 gibt es auch eine Zeitung, *Tikkun*, was soviel heißt wie verbessern, umgestalten. Wie der Herausgeber Nan Fink meint, „können die Juden nicht länger schweigen, denn das Vorgehen Israels verstößt gegen jüdische Grundwerte wie soziale Gerechtigkeit und das biblische Verbot der ‚Achtung vor den Fremden in unserer Mitte‘!“ Der Chefredakteur Michael Lerner schreibt zur gegenwärtigen Lage in Israel: „Sie [die Maßnahmen der israelischen Regierung] haben die größte Krise der jüdischen Gemeinde in den USA seit dem Holocaust“ ausgelöst. Und Woody Allen, wohl kaum ein politischer Aktivist, hat für die *New York Times* einen tief bewegten Artikel geschrieben, in dem er als „Anhänger Israels“ dafür eintrat, „alle moralischen, finanziellen und politischen Druckmittel einzusetzen, um Praktiken zu verhindern wie: Zivilpersonen willkürlich aus ihren Häusern zu schleifen, mit Stöcken auf sie einzuschlagen und die Palästinenser zu terrorisieren.“ Eine entgegengesetzte Stellung vertrat der Ex-Außenminister Henry Kissinger vor einer Versammlung führender jüdischer Persönlichkeiten, auf der er erklärt haben soll, Israel solle es halten wie Südafrika und die Medien von den Krisengebieten fernhalten und den Anführern der Intifada keine Milde walten lassen. – Apropos Südafrika: In Israel berichteten die Zeitungen, als die berüchtigten Plastikgeschosse eingeführt wurden, seien südafrikanische Berater in Israel gewesen.

Zum Schluß Erfreuliches:

Seit 1983 gibt es in Jaffa, der einst größten arabischen Stadt Palästinas, ein jüdisch-arabisches Zentrum für Kinder und Jugendliche. Es nennt sich „Nitive Achwa“ – Wege der Freundschaft –, ist von einer unabhängigen Organisation gegründet worden und wird von ca. dreißig Freiwilligen betrieben.

1948 hatte Jaffa 70.000 arabische Einwohner, heute leben noch ca. 10.000 von ihnen dort. Allerdings nicht in ihren ursprünglichen Häusern, sondern zusammengepfercht in ausgesprochenen Armutsvierteln, wo es an allem fehlt, besonders an sozialen Einrichtungen. Das Zentrum wird von den Quäkern und anderen Wohltätigkeitsorganisationen unterstützt. In einer engen Gasse, für Ortsunkundige kaum zu finden, sah ich Schüler beim Lernen und bei einfachen Handwerksarbeiten. Das wichtigste scheint zu sein, daß sich Juden und Araber kennen und respektieren lernen.

Seit Jahren klagen die arabischen Israelis, daß sie als Bürger zweiter Klasse behandelt und wirtschaftlich benachteiligt werden. Eine im Mai veröffentlichte Untersuchung der Universität Haifa belegte nun, daß vierzig Prozent aller Araber in Israel unterhalb der Armutsgrenze leben. Israelische Gemeinden verfügen über mindestens dreimal soviel Gelder pro Kopf wie arabische Orte.

Taisser el-Aruru, Dozent an der Bir-Zeit-Universität in Ramallah, schrieb aus dem Gefängnis vor seiner Ausweisung an den Verband der israelischen und palästinensischen Schriftsteller und Künstler: „Ich möchte euch danken für eure tapfere und menschliche Stellungnahme, die in der Erklärung zum Ausdruck kam, in der ihr meine Ausweisung und die von vierundzwanzig meiner Freunde verurteilt habt. Außerdem bedanke ich mich bei euch dafür, daß ihr meine Familie besucht habt – eine Tat, die in mir Gefühle der Solidarität, des Glaubens und der Hoffnung erweckt hat.“

Bei Mustafa el Kurd: Im Hakawati-Theater in Jerusalem fand eine gemeinsame Ausstellung israelischer und palästinensischer Künstler statt. Unter den Israelis fielen vor allem die Arbeiten von Gabi Kleismann auf, die großes Interesse fanden. Von Mustafa el Kurd stammen die folgenden Zeilen aus einem seiner letzten Lieder, „Stein und Zwiebel“:

„Ein Stein, eine Zwiebel und ein Eimer Wasser
sind mein Rüstzeug.

Die Angst ist tot, ich habe sie begraben.“

Jüdische und arabische Rechtsanwälte protestierten am 6.9.88 in Jerusalem vor dem Gebäude des Anwaltsvereins gemeinsam gegen die Verstöße gegen die Menschenrechte, gegen die Administrativhaft und gegen die Ausweisungen.

Israelische und palästinensische Eltern, deren Söhne umgekommen sind, trafen sich in Ost-Jerusalem zu einer Pressekonferenz. Chaim Shur, Herausgeber von *New Outlook*, dessen Sohn beim israelischen Überfall auf das PLO-Zentrum in Beirut ums Leben kam, sagte dabei: „Die Trauer um ein umgekommenes Familienmitglied kann Juden und Araber entweder zu noch größerem Haß bringen oder aber zu größerem Verständnis miteinander führen.“ Latif Dori, einer der vier Israelis, die sich in Bukarest mit der PLO getroffen hatten und dafür verurteilt wurden, sagte: „Aus der Tiefe des Schmerzes, der über uns gekommen ist, rufen wir alle Beteiligten auf, für ein Ende des Konflikts zwischen den beiden Völkern, für den lang ersehnten Frieden zu kämpfen.“ Unter den Palästinensern war auch der jüngere Bruder des 17jährigen getöteten Edmond Ghanem aus Beit Shur.

Die Mutter eines palästinensischen Jugendlichen, der in Kfar Malik getötet worden ist, sagte: „Wenn Israel Frieden möchte – willkommen! Doch wenn es *nicht* Frieden will – werden es mit Kampf begrüßen!“ Jakob Guttermann aus dem Kibbutz Ha'Ogen, dessen Sohn zu Beginn der Libanon-Invasion gefallen war, bestritt, irgendwelche Haßgefühle gegen die Palästinenser zu haben. „Nicht sie sind meine Feinde, sondern die Chauvinisten auf beiden Seiten. Diejenigen, die Dutzende von Jahren unsere unschuldigen Söhne geopfert haben. Ich glaube, daß unsere Söhne, wären sie noch am Leben, hier mit uns zusammensitzen würden.“

Ich hoffe, daß dieser Bericht auch in diesem Sinne und im Sinne der Toten wirkt.

Das Gedicht einer jüdischen Mutter:

Die Scham einer Mutter

Ihr Kind
wird die Nacht im Gefängnis verbringen
Mein Kind
ist wohlauf und sicher.
Ihr Kind
wird von einem Soldaten verprügelt.
Mein Kind
wird Soldat sein.
Ihr Kind
wird zur Herausforderung getrieben.
Mein Kind
wird zum Gehorsam verpflichtet.

Nancy Nachum, Jerusalem

